



## Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Inge Aures, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Christian Flisek, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Arif Taşdelen, Ruth Müller SPD**

### **Nachtragshaushaltsplan 2019/2020;**

**hier: Öffentlicher Personennahverkehr (Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr) – Kostenloses Schülerinnen-, Schüler-, Azubi- und Studierendenticket  
(Kap. 09 06 TG 65)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf für den Nachtragshaushaltsplan 2019/2020 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 09 06 (Öffentlicher Verkehr, Radverkehr) wird in der TG 65 (Öffentlicher Personennahverkehr (Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr)) für das Jahr 2020 eine Verpflichtungsermächtigung von 45.000,0 Tsd. Euro ausgebracht.

### **Begründung:**

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende und Studierende nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern kostenlos nutzbar zu machen, wird in der o.g. TG 65v eine Verpflichtungsermächtigung (VE) von 45 Mio. Euro ausgebracht. Dadurch wird ein Start des kostenlosen Schülerinnen-, **Schüler-**, Azubi- und Studierendentickets in diesem Herbst möglich, da durch die VE die im Folgejahr fälligen Abrechnungen der Verkehrsgesellschaften beglichen werden können. Mit den Mitteln werden die Träger, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, entlastet.

Die Zielgruppen sollen trotz teils geringer oder fehlender eigener Einkünfte nicht in ihrer Mobilität eingeschränkt werden. Die Kosten der Anfahrt zu Schule, Berufsschule, Universität und Ausbildungsplatz und insgesamt für die Nutzung des ÖPNV sollen entfallen. Der Freistaat Bayern soll sämtliche Anstrengungen unternehmen, um in einem flächendeckenden System der bayerischen Verkehrsverbünde ein solches Ticket einzuführen. Dies ist dabei auch im Hinblick auf das längerfristige Ziel eines kostenlosen ÖPNV zu sehen. Die aktuellen Ansätze der Staatsregierung, für Schülerinnen und Schüler und Auszubildende immerhin schon einmal ein 365-Euro-Ticket mit VE von 31 Mio. Euro einzuführen, ist ein erster Schritt in diese Richtung, kommt aber nur einem Teil der Zielgruppe zugute (Angebot gilt nur in den großen Verkehrsverbänden, nicht für Studierende etc.).

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet durch seine Treibhausgasemissionen nach Schätzungen einen Schaden von

mehreren Milliarden Euro pro Jahr an Folgekosten (vor allem für Umwelt und Gesundheit) an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß rechnet sich für Bayern.

Die Änderungsanträge der SPD mit einer deutlichen Erhöhung der Mittel für den ÖPNV sind für den Freistaat Bayern eine nachhaltige und entscheidende Weichenstellung bei der unverzichtbaren und überfälligen Verkehrswende.